

Verlagsstelle und Redaktion: Dresden, Pl. 18, Holbeinstraße 46

Verlagspreis 21 000, Postgebühren 14 700

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Vierteljährlich in der Verlagsstelle oder von der Post abgeholt Mark 10,00 A. ...

Abgabe: Ausgabe von Reichsanzeigen bis 10 Uhr, von Kommunalanzeigen bis 11 Uhr ...

Wahret die Einigkeit!

Von zentrumpolitischen Seite wird uns geschrieben:

Die Zentrumsparlei war noch nie vor eine so schwierige Lage gestellt, als sie gegenwärtig sich darbietet. Es möchte gewiß verständlich gewesen sein, daß angesichts der von vielen als unbegreiflich gehaltenen Umwälzung, die sich in unserer äußeren und inneren Politik vollzogen hat, die Haltung der Partei den verschiedenartigsten Angriffen ausgesetzt war. Nicht zum wenigsten ist das aus dem Umstande zu erklären, daß der Zusammenhang der politischen Dinge und die aus harten Tatsachen zu folgenden Notwendigkeiten bei uns in Lande weniger scharf und klar erkannt und genutzt werden, wie das in anderen Ländern der Fall ist, die über eine große politische Tradition verfügen. Kein Wunder, daß die parlamentarische Arbeit der Zentrumsparlei um so mehr Mißdeutungen ausgesetzt sein mußte, als sie hatten, aus dem Verluste des Reiches und dem damit unumvermeidlich verbundenen politischen Zusammensturz sich ergebenden politischen Notwendigkeiten zu einer Arbeitgemeinschaft mit einer Partei zwangen, welcher der jahrelange Kampf des Zentrums vorwiegend aus prinzipiellen Gründen galt. Aber gerade das ist ein Zeichen für die bei uns politisch herrschende Kurzsichtigkeit, daß man diese Tatsache nicht immer als den Ausfluß eines unerlöschlichen Zwanges ansah und sie dementsprechend wertete. Schwierigkeiten gab es ohnehin in Höhe und Fülle. Das Zentrum hatte alles daran gesetzt, um die tiefen großen Hemmnisse, die sich einem ruhigen und geordneten Wiederaufbau der deutschen Volks- und Staatswirtschaft und einer freizehlichen Orientierung des öffentlichen Rechtslebens entgegenstellten, zu beseitigen. Doch auch uns die Koalition nicht sympathisch war, haben wir oft genug zum Ausdruck gebracht. Aber glaubt denn auch nur ein einziger der Anhänger der Zentrumsparlei, daß die Koalition nur einen Augenblick geduldet haben würde, irgend etwas Besseres an deren Stelle zu setzen, wenn sich die Möglichkeit ergeben hätte, dieses Bessere zu schaffen? Ruhe und nähere Betrachtung der Dinge wird auch feststellen müssen, daß gerade dadurch, daß das Zentrum mit an der Führung der Staatsgeschäfte sich beteiligte, die Interessen der Zentrumsparlei im Lande am besten gewahrt worden sind. Hätten wir uns verzogen und untätig beiseite gestellt, wie würden heute nicht diejenigen unumkehrbaren Erfolge hiesigen Landes, die wir gerade infolge der energischen Durchführung unserer Wünsche und Ansprüche im Rahmen der Koalition und trotz der allergrößten Schwierigkeiten erreicht haben.

Die Zielgerichtigkeit der Interessen, welche in der Zentrumsparlei als der wahren Volkspartei ihre Vertretung finden, bringt uns Meinungen ganz natürlichweise mit sich. Bei der inneren Durchsichtlichkeit, die wir durchgemacht haben, war es weiterhin nicht zu vermeiden, daß sich Meinungsverschiedenheiten leichtere und auch ernstere Natur herausstellen konnten. Aber immer mußte das gute alte Prinzip in der Zentrumsparlei hochgehalten werden, daß alle Gegenstände und alle Verschiedenartigkeiten in der Auffassung innerhalb der Partei selber zum Ausdruck gebracht werden. Selbstverständig haben wir alle über müssen, aber gerade darin hat eine Partei ihre Kraft und ihre Stärke, daß alle notwendigen vorzunehmenden Auseinandersetzungen in geordneten Formen und in den dafür maßgeblichen Stellen zum Ausdruck kommen. Eigenbröckel und Sonderpolitik müssen jede Partei, möge sie auch noch so selbstgütig erscheinen, zugrunde richten.

Nun beobachten wir, von einer kleinen Gruppe in Köln ausgedehnt, eine Abspaltungsbewegung innerhalb der Zentrumsparlei. Von den beteiligten Persönlichkeiten wird geltend gemacht, daß man nicht länger zusehen könne, wie im Zentrum eine Untertreibung zur Herrschaft gelangt. Das Zentrum habe unter der Führung Erzberger schon im Jahre 1917 eine verhängnisvolle Politik begonnen, die zum Bündnis mit der Sozialdemokratie geführt habe. Man sieht, daß hier Gehörtengelegenheiten ausstehen, die in den verschiedenartigsten Abwandlungen schon oft geltend gemacht wurden und die auch auf dem Reichsparteitag ihre Vertreter fanden. Gerade aber diese Aussprüche auf dem Reichsparteitag hat eine Klärung herbeigeführt. Damit aber schienen sich gewisse Kreise nicht beruhigen zu wollen. So hat der neue Vorstoß. Er ist um so unmotivierter und um so unverständlicher nach der ausgezeichneten Rede des Abg. Trimborn bei der jüngsten politischen Aussprache in der Nationalversammlung. Gerade diese Rede liegt an Klarheit und Entschiedenheit wirklich nichts zu wünschen übrig. Es wäre geradezu widersinnig, das Hervortreten der Sonderaktion im jetzigen Augenblick etwa gar als eine Antwort auf die Trimbornsche Rede zu betrachten. Es hat vielmehr den Anschein, daß diese Rede und daß ihre Wirkungen von solchen Nachdruck und von solchem eindringlichen Einfluß waren, daß die Eigenbröckel mit ihrem Vorstoß sich bestreuen zu müssen glaubten, um nicht alle ihre mühsamen Vorbereitungen umsonst getroffen zu haben. In diesem Vorhaben, das grundlos ist und jeder inneren Beweisführung entbehrt, liegen aber auch schon die Keime der Zersplitterung und des Zerfalls.

Spuren sollten schreien! Die Beteiligung des früheren preussischen Landwirtschaftsministers Herrn von Schorlemer an führender Stelle in der neuen Bewegung sollte zu denken geben. Seine Rolle

bei der Gründung der Deutschen Vereinigung 'religions Angehöriger' soll doch auch noch untergeordnet sein. Der Versuch, durch Gründung einer Rechtsrichtung, die sich demonstrativ gegen die Arbeiterschaft richten möchte, eine Entzweiung und eine Zersplitterung in der Partei herbeizuführen, dürfte nicht scharf genug verurteilt werden. Es darf sehr wohl daran erinnert werden, daß in nicht einflussreichen Kreisen der Zentrumspartei gerade wegen der Befolgung, der Kurs sei zu weit rechts, die Gründung einer eigenen christlichen Arbeiterpartei erwogen wurde. Aus Gründen der Disziplin ist dieser Plan, von dem Abg. Trimborn die Arbeitervertreter in der Zentrumsparlei und die führenden Arbeiterabgeordneten ohne weiteres abgelehnt sind, beiseite gelegt worden. Eine Aktion aber, die nun jetzt eine Rechtsrichtung innerhalb der Zentrumsparlei etablieren wollte, müßte notwendigerweise die Arbeiter zu einer Gegenaktion auf den Plan rufen. Dazu aber darf es nicht kommen, nur die Einigkeit kann uns retten, nur in der Einigkeit liegt die Kraft!

Die Tagung des Reichsausschusses der Zentrumsparlei

In der Zeit vom 17. bis 19. April tagte in Berlin im Reichstagsgebäude unter dem Vorsitz des Abgeordneten Mitglied Trimborn der Reichsausschuß der Zentrumsparlei. Die Verhandlungen fanden unter dem Zeichen der kommenden Wahlen, und es wurden alle Fragen, die für die Stellung der Partei in dem bevorstehenden Wahlkampf von Bedeutung sind, eingehend und freimütig erörtert. Im Mittelpunkt der Besprechung stand die innerpolitische und parteipolitische Orientierung der Partei in Vergangenheit und Zukunft. Die Auffassung derjenigen Kreise in unserer Partei, die der Koalitionspolitik leidlich oder sogar ablehnend gegenüberstehen, wurde in der Debatte berücksichtigt. Es ergab sich vollkommene Einmütigkeit darüber, daß das Zusammenarbeiten der Koalition mit der demokratischen und der sozialdemokratischen Partei die Koalition war vor die schwierigste Aufgabe gestellt hat, ihre Grundzüge in einer Koalition zur Geltung zu bringen, in der auch Parteien mit ganz anderer gerichteter Tendenz vertreten sind, daß diese Zusammenarbeit aber geleistet worden ist, ohne daß die Koalition ihren Grundgedanken unterworfen wurde, daß diese Zusammenarbeit eine notwendige Voraussetzung war und daß sie sich als dem Reich nützlich erwiesen hat. In diesem Zusammenhang wurde festgestellt, daß die über die Koalition, die sich im bewussten Gegensatz zur Koalition und zu ihrer vom Reichsparteitag beschlossenen Politik stellt, nicht den Charakter einer Zentrumsopposition hat. Tendenz und Inhalt dieser Opposition wurden eingehend diskutiert.

Was die Zukunft anbetrifft, so herrschte einstimmige Übereinstimmung, daß die Koalition vollkommene Entschlossenheit besitzt und daß die Teilnahme des Zentrums an einer ähnlichen Koalition abhängig sein wird vom Ausfall der Wahlen und von der Möglichkeit, ein Koalitionsprogramm zustande zu bringen, welches eine gezielte Führung der deutschen Politik gewährleisten würde.

Sehr ausführlich wurde über die Frage gesprochen, wie bei der Durchführung der Kandidatenlisten vorzugehen werden soll. Die Vertretung der einzelnen Stände der Koalition und der evangelischen Bevölkerung wurde erörtert. Was die Vertretung der einzelnen Stände anbelangt, so wurde einstimmig eine Verbindung von allgemeiner politischer Bestimmung und der Planung zur Vertretung eines bestimmten Standes für notwendig gehalten. Die Auffassung der Kandidaten für die Reichstagswahl wurde in die Hand des Reichsausschusses übergeben. Um eine zweckmäßige Berücksichtigung der Stände zu gewährleisten, wurde die Bildung einer Zentralauswahlschleife vorgeschlagen, in welcher die einzelnen Parteigruppen und die einzelnen Parteigruppenorganisationen, die noch nicht im Parteivorstande vertreten sind, Befugnisse einbringen können. Dem Parteivorstande soll es freistehen, Untergruppen zu bilden. Einmütig wurde vom Reichsausschusse auch die Wahlkreisfrage besprochen. Im Vordergrund dieser Tages der Verhandlungen stand das Verlangen der sächsischen Parteigruppen, daß einmütig als parteipolitisch und dem Interesse des Reiches dienlich beurteilt wurde.

In den einmütigen Beschlüssen wurden folgende Grundsätze festgelegt:

1. Beim Abschluß der Tagung der deutschen Nationalversammlung wird der Reichsparteitag der Koalition der Nationalversammlung seine volle Anerkennung aus für die wertvolle wie verantwortungsvolle Arbeit am Wiederaufbau des Reiches und behandelte sie sein unumkehrbares Vertrauen.
2. Der Reichsausschuß der Zentrumsparlei erkennt einmütig an, daß die Grundzüge aus den Tagen Trimborns und von Trimborn auch der Zentrumsparlei der deutschen Nationalversammlung immer vorzuziehen sind. Der Unterschied zwischen dem Eink und Zeit im politischen Leben besteht der Reichsausschuß nicht in einer Veränderung der Grundzüge, sondern in dem notwendigen Wandel der Zeit. Nicht die Grundzüge haben sich geändert, sondern die Zeiten.
3. Am Geiste ihrer alten Uebereinkünfte hat sich die Zentrumsparlei der Nationalversammlung mit aller Kraft bemüht, die Rechte der Kirche, die Freiheit der kirchlichen Genossenschaften, die christliche Erziehung, die konfessionelle Schule und die Elternrechte auf die Erziehung zu wahren. Was die Koalition als Minderheit bei der Verabschiedung der Verfassung erreichte, hat sie unter unglücklichen Anstrengungen und Sorgen erreicht. Aus dem gleichen Geiste heraus war die Koalition davon durchdrungen, daß in dem wirtschaftlichen und moralischen Niedergang des deutschen Volkes

eine Rettung nur möglich ist, wenn es gelingt, den christlichen Genossenschaftsgedanken, das Pflicht- und Verantwortlichkeitsgefühl wieder in allen Schichten des Volkes aufzurichten und zu festigen. Darum hat sie sich mit aller Entschiedenheit eingesetzt, diesen Gedanken in der neuen Reichsverfassung zur Geltung zu bringen.

4. Die christliche Staatsmoralität, an der sich die Zentrumsparlei jederzeit orientiert, schreibt keine bestimmte Staatsform vor. Nicht die Staatsform ist das Entscheidende, sondern der Geist, der die Form belebt; Achtung vor der Autorität, Pflichtbewußtsein und Ordnungssinn. Die Zentrumsparlei der Nationalversammlung hat sich für Wahrung der Autorität und der Ordnung, für die Wahrung und Vertiefung des Pflichtbewußtseins in allen Ständen unerschütterlich bemüht und nie einen Zweifel darüber gelassen, daß diese Grundlagen des Staatswesens nur in enger Verbindung mit der Kirche vor der christlichen Lebensmoralität unerschütterlich gesichert erscheinen.

5. Volk und Vaterland zu retten ist und bleibt in den Werten der Gegenwart erste und oberste Pflicht einer christlichen Volkspartei. Dieses eminent vaterländische Bistandsgedanke fordert von der Koalition des Zentrums als einer Minderheitsparlei mit anderen Parteien, soweit sich ein Vorgehen für die gemeinsame praktische Arbeit finden ließ, zusammenzuarbeiten. Wer ein solches Zusammenarbeiten beabsichtigt und beabsichtigt, vertritt sich an Volk und Vaterland, die des Aufbaus und der Ruhe bedürfen. Entsprechend den Grundgedanken des Zentrums vertritt der Reichsausschuß darauf, daß die Zentrumsparlei der Nationalversammlung, getreu ihrer bisherigen Haltung, unter keinen Umständen eine Regierung von unchristlicher Seite duldet oder anerkennen wird. Von dieser Staatsmoralität hat gegenüber dem Hochverrat nicht abzugehen werden, ob er von links oder rechts gekommen.

6. Nicht nur das große vaterländische Rettungswort nicht sicher gestellt. Jeder Tag bringt neue Gefahren in sich von außen und innen. Bei dieser Lage tut ein solches Ein starkes, in sich geschlossenes Zentrum. Wer sich in unfruchtbarer Opposition und Kritik ergibt, wer die Einheit und Stabilität der Partei durch Sonderorganisationen und Sonderbestimmungen inwendiger Art gefährdet, verläßt sich an den unergänzlichen Idealen und an den Interessen, die das Zentrum wahrzunehmen berufen ist.

Der Haushalt der Minderbemittelten

Es scheint so, als ob es den Behörden nicht möglich sei, den Bedarf 'minderbemittelter' festzustellen. Bei der Nationierung von Pferden beträgt er 1800 Mark. Für Milchgetreideverteilung Leistung er bisher 4000 Mark und ist nun über auf 4200 Mark heraufgesetzt worden. Wie hoch er für Beschaffung von Weiden und Ställen ist, ist nicht bekannt. Eine solche Festlegung des Begriffs 'minderbemittelt', lediglich nach dem Einkommen ohne Berücksichtigung der notwendigen Ausgaben ist eine Schablone.

Eine Familie mit zwei kleinen Kindern mit einem Einkommen von 4000 Mark kommt ungewöhnlich leichter aus, als eine Familie mit fünf kleinen Kindern und einem Einkommen von 4000 Mark. Nach der Schablone gilt die erstere als minderbemittelt, die zweite nicht. Und wie ist es dort, wo außerdem Krankheit in der Familie herrscht? Es können sich die Ausgaben berapen. Aber die Familie gilt nicht als minderbemittelt, denn sie hat ja 4000 Mark Einkommen. Kann sie neben ausreichender Ernährung und Bekleidung auch Art und Apotheke besorgen? Und dort, wo einige Kinder im Herbegang für das spätere Leben stehen, sind die Kosten für die Familie sehr drückend. Trotzdem der Vater eines Bekleidungs, eines Schneiderlehrlings von 4000 Mark und dreier kleiner Kinder hat ja ein Einkommen von 4000 Mark. Solche Familien als nicht minderbemittelt zu erklären, bringt im Grunde eine Stimmung nach unten hervor.

Der Begriff 'minderbemittelt' kann eben kein Universalbegriff sein, sondern erfaßt sich erst nach einer genauen Prüfung der besonderen Verhältnisse. Ergibt sich daraus, daß das Einkommen in der Familie deren notwendigen Bedarf nicht deckt, dann liegt Minderbemittlung vor. Bei dem heutigen großen Umfange an Zahlungsmiteln (wir haben in Deutschland jetzt 50 Milliarden Papiergeld, während wir vor dem Kriege deren 6 Milliarden hatten) lassen sich manche dazu große Zahlen finden. Was bedeutet aber heute ein Jahres-einkommen eines Arbeiters von 2000 Mark, wenn er mit einer starken Familie gesegnet ist? Ebenso stehen Anwerfende und selbständige Handwerker in gleicher Lage.

Am Nachschreiben soll der Versuch gemacht werden, an der Hand wissenschaftlicher Feststellungen und auf Grund eines Haushaltsbuches des Nachweis zu erbringen, daß es bei den heutigen schwierigen Verhältnissen trotz zahlreicher höherer Einkommen leichter möglich ist, auszukommen. In den meisten Fällen sind dann die folgenden Unternehmungen und früher Tod, Krankbau an Stühlen, Schinken, Wäsche, Betten und Haushaltsgegenständen, Beschaffung, Mangel an geistiger Kraft usw.

Das genannte Haushaltsbuch zeigt eine Familie, welche außer den Eltern fünf Kinder im Alter von 10, 9, 7, 5 und 4 Jahren zählt. Was braucht diese Familie im Monat an Lebensmitteln? Nach den Feststellungen Professor Kubers braucht ein Mann von mittlerem Körpergewicht täglich 3000 Nährwertseinheiten (siehe Tabelle). Das kleine Kind braucht etwa den sechsten Teil der Nahrung eines Erwachsenen. Die täglichen Lebensmittel der Familie ihrer Gemütsmenschen einschließlich einer fünfjährigen höhere Nahrung ihrer Verdauung ist hierbei, daß die wachsenden Kinder neben dem Reichthumsgewinn einen Wachstumswandel haben. Aus dem täglichen Verbrauch ergibt sich ein Gesamtbedarf dieser Familie von täglich 11 250 oder monatlich 337 500 Nährwertseinheiten. Durch die Nationierung wurde dieser Bedarf nicht gedeckt. Solange der Schlichthandel noch läuft, ist dies nicht möglich. Immer